PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

ORGAN DER MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS (MLÖ)

Nr.54 1.April 1966 Einzelpreis S 3,-

AM 1. MAI 1966:

Konstituierung der MLÖ

Das leitende Kollektiv der "Roten Fahne" hat beschlossen, die Konstituierende Versammlung zur Gründung der Organisation der "Marxisten-Leninisten Österreichs (MLÖ)" für

Sonntag, den 1. Mai 1966 nach Wien

einzuberufen. Der Beschluß erfolgte angesichts der durch den Wahlausgang erneut unterstrichenen Notwendigkeit und Dringlichkeit der Sammlung der kämpferischen und revolutionären Kräfte der österreichischen Arbeiterbewegung zur Schaffung einer Kampforganisation, welche sich die Ziele stellt und die Aufgaben erfüllt, derentwegen vor nahezu 100 Jahren die österreichische Sozialdemokratie und vor bald 50 Jahren die KPÖ gegründet wurde; er erfolgte, um den ersten organisatorischen Schritt zur Füllung jener klaffenden Lücke zu tun, die in der österreichischen Arbeiterbewegung dadurch gerissen wurde, daß nach der SPÖ nun auch die KPÖ-Führung die revolutionären Grundsätze des proletarischen Klassenkampfes eingestandener- und uneingestandenermaßen über Bord geworfen und somit aufgehört hat, eine kämpferische Vorhut der arbeitenden Massen zu sein.

Wir richten an alle Aktivisten der österreichischen Arbeiterbewegung - Kommunisten, Sozialisten und Parteilose - die gewillt sind, nicht nur an der Vorbereitung und erfolgreichen Durchführung der Konstituierung der MLÖ, sondern auch an ihrem zukünftigen Aufbau aktiv teilzunehmen, den Ruf, sich sofort schriftlich oder persönlich mit dem Leitungskollektiv der "Roten Fahne" in Verbindung zu setzen, das über die Zusammensetzung der Gründungskonferenz entscheidet.

Da nach den derzeit in Österreich geltenden gesetzlichen Bestimmungen jede Vereinigung, Organisation oder Partei verpflichtet ist, vor ihrer Gründung Statuten einzureichen und behördliche Einsprüche zu berücksichtigen, wurden diese Statuten schon am 13.12.1965 vorgelegt und die ganze Reihe von Änderungen formeller Natur, auf denen die Behörden bestanden, sofort durchgeführt. Trotzdem war es im Verlauf des seither verstrichenen Jahresdrittels noch nicht möglich, jene amtliche Bescheinigung zu erhalten, mit deren Ausstellung die Behörde auf weitere Einsprüche verzichtet und die Gründung zuläßt. Bisher liegt lediglich eine mündliche Zusage vor, daß keine weitere Verschleppung der Konstituierung durch neue Einsprüche zu erwarten sei und die Konstituierende Versammlung daher anberaumt werden könne. Sollte diese Zusage nicht eingehalten werden, findet am 1. Mai anstelle der Konstituierung eine ÖFFENTLICHE PROTESTVERSAMMLUNG statt.

Verlierer gesucht !

In der Aprilnummer des theoretischen Organs der KPÖ, "Weg und Ziel", wird das Wahlergebnis mehrfach als "eine schwere Niederlage der Arbeiterschaft", als "schwere Niederlage der gesamten Arbeiterbewegung" geschildert und beklagt. Es ist das der plumpe Versuch der KPÖ-Revisionisten, ihre eigene Niederlage, den Schiffbruch ihrer Politik der österreichischen Arbeiterklasse in die Schuhe zu schieben. Es ist der Versuch, nicht nur die Mareks und Muhris, sondern auch die gesamte SP-Führung mit der Arbeiterklasse gleichzusetzen, sie zumindest als die Klassenvertretung der Arbeiter auszugeben. Diese Lebenslüge der Sozialdemokratie, nicht nur in fast fünfzigjähriger kommunistischer Aufklärungsarbeit, sondern in mehr als einem halben Jahrhundert praktischer Erfahrung tausendfach widerlegt, wird dadurch nicht besser, daß sie nun auch von KP-Revisionisten verbreitet wird. Mag die Wahrheit auch traurig sein, bleibt sie dennoch eine Wahrheit: die österreichische Arbeiterklasse besitzt gegenwärtig keine echte, organisierte Klassenvertretung, sie verfügt gegenwärtig über keine Organisation, die das Recht hätte, sich als die Vertretung der Arbeiterklasse zu bezeichnen.

Wer wirklich am 6. März 1966 verloren hat, haben wir schon unmittelbar nach dem Wahltag festgestellt: das Wahlergebnis war offensichtlich eine Niederlage für die SP-Führung, die nur kämpferisch ist, wenn es gegen linke Kräfte geht, die aber dem Kapital und seinen Parteien gegenüber eine Kapitulation nach der anderen durchführt. Eine noch viel schwerere Niederlage aber war das Wahlergebnis für die KPÖ-Revisionisten, die zur SP heute in einem ähnlichen Verhältnis stehen wie diese zur ÖVP. Die SPÖ hat nicht ganz 2 Prozent ihrer Stimmen verloren - die KPÖ-Revisionisten aber haben selbst in dem einen Wahl-

kreis, in dem sie noch kandidierten und auf den sie alle Kräfte ihres vielhundertköpfigen Apparats konzentrieren konnten, weitere zwölf Prozent Stimmen verloren!

Die KPÖ-Revisionisten gingen mit zwei Hauptparolen in den Wahlkampf:

1. Die absolute Mehrheit der ÖVP zu verhindern, die angeblich zwangsläufig die "ÖVP-Alleinherrschaft" zur Folge hätte, und

2. den neuen Parteivorsitzenden Muhri ins Parlament zu bringen, um dort die SP vorwärtszutreiben.

Sowohl in der einen als auch in der anderen Frage ist es zu einem ausgesprochenen Fiasko gekommen und überdies hat sich nach den Wahlen auch noch herausgestellt, daß das Argument, eine VP-Mandatsmehrheit bedeute automatisch eine ÖVP-"Alleinherrschaft", falsch war und man dazu nur kommen konnte, wenn man entweder

a) die politische Situation falsch einschätzte, die Rolle der SP-Führung sowie das Wesen der Koalition total mißverstand, oder

b) aus "taktischen" Gründen eine Parole ausgab, an deren Richtigkeit man selbst nicht glaubte.

Wir sind der Meinung, daß sogar beides zutrifft: eine völlig falsche Einschätzung der Situation durch die revisionistische Führung der KPÖ, und ein Versuch, die über die beschleunigte Versozialdemokratisierung der KPÖ beunruhigten Mitglieder und Sympathisierenden der Partei mit einer Angstparole einzuschüchtern, mit einem an die Wand gemalten Gespenst zum Schweigen zu bringen, von dem man selber wußte, daß es in dieser Form überhaupt nicht existierte.

Wenn wir das unterstreichen, so heißt das durchaus nicht, daß wir die reaktionären Gefahren unterschätzen, vor denen unser Land und unser arbeitendes Volk steht. Und es heißt schon garnicht, daß wir - wie es einige ganz Verrückte hinstellen - der Koalitionsregierung eine "reine" VP-Regierung vorziehen. Natürlich ist es alles andere als ein Anlaß zur Freude, wenn die Reaktion Grund hat, zu glauben, sie könne bereits auch ohne die Regierungsbeteiligung ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer auskommen. Andererseits ist es aber eine Tatsache, daß die Erfolgsaussichten des proletarischen Klassenkampfes durchaus nicht davon abhängen, ob in dem betreffenden Land eine Koalitionsregierung mit der SP oder eine Regierung aus sich offen zum Kapitalismus bekennenden Parteien besteht. Hat etwa die britische Arbeiterklasse wesentlich bessere Kampfbedingungen erhalten und größere Erfolge im Klassenkampf errungen, als an die Stelle der konservativen Regierung eine Labour-Regierung trat? Und hat sich in Belgien für die Arbeiterbewegung etwas Wesentliches geändert, als dort vor kurzem eine Koalitionsregierung mit den Liberalen an die Stelle der Koalitionsregierung mit der belgischen SP trat? Man braucht schon ein sehr starkes Mikroskop, um hier die Unterschiede ausfindig zu machen.

Doch davon ganz abgesehen: das Geschrei vor der großen "Gefahr der VP-Alleinherrschaft" ist in Wirklichkeit nur die Kehrseite der Beschönigung der Rolle und des Wesens der SP und daher genau so demagogisch wie diese. Die rechten SP-Führer und mit ihnen die Revisionisten erklären nicht nur die SP zur Repräsentantin und Vertretung der Arbeiterklasse, sondern fälschen damit auch die Koalitionsregierung zu einer Art gemeinsamer Regierung der Arbeiter und der Kapitalisten, den bestehenden bürgerlichen Staat zu einem Staat der Ausbeuter und der Ausgebeuteten um. Die bisherige SP-VP-Koalitionsregierung bekommt so geradezu den Glorienschein einer "50-prozentigen" Arbeitermacht, die jetzt durch eine 100-prozentige Kapitalsmacht bedroht sei. Es ist durchaus keine Bagatellisierung der reaktionären Gefahren, wenn man einer solchen Verdummungspropaganda entgegentritt, sondern die Voraussetzung dafür, daß man die wirklichen Gefahren erkennt und imstande ist, ihnen wirkungsvoll entgegenzutreten.

Koalition oder „Opposition"

Daß es am 6. März in Österreich durchaus nicht um die Frage "ÖVP-Alleinherrschaft" oder neue VP-SP-Regierung ging, sondern lediglich um eine neue, für das arbeitende Volk noch schlechtere Variante der bisherigen Koalitionsregierung - das hat die "Rote Fahne" schon lange vor den Wahlen ausdrücklich festgestellt. In unserer Wahlsondernummer vom 31. Jänner 1966 schrieben wir dazu:

"Wenn die ÖVP eine solche 'Alleinherrschaft' der direkten Kapitalsvertreter bisher nicht installiert hat, so haben sie nicht politische Skrupel daran gehindert, sondern lediglich Erwägungen politischer Zweckmäßigkeit. Denn die Kapitalisten ziehen es vor, ihre tatsächliche Alleinherrschaft so lange wie möglich dadurch zu tarnen, daß sie vermeintliche Arbeitervertreter an der Regierung teilnehmen lassen. Solche 'Arbeitervertreter' können, sofern sie noch Anhang haben, mit wesentlich geringeren Schwierigkeiten unpopuläre Maßnahmen durchführen als die zu offen als Vertreter der Kapitalisten auftretenden und als solche zu verrufenen Politiker der bürgerlichen Parteien. So hätten beispielsweise die österreichischen Arbeiter den Verkauf des Raxwerkes zweifellos mit weit schärferen Kampfmaßnahmen beantwortet, wenn der dafür verantwortliche Minister nicht ein 'Sozialist', sondern ein ÖVP-ler gewesen wäre. Daß die ÖVP trotz der längst vorhandenen bürgerlichen Parlamentsmehrheit mit der SPÖ eine Koalitionsregierung bildete, beweist eben nur, daß die 'Mitarbeit' der SPÖ-Führer für sie immer noch wertvoller war und ist als die 'Alleinherrschaft'. Es gibt derzeit keinen Hinweis dafür, daß sich daran schon in der nächsten Zukunft etwas ändern könnte..."

Auch angesichts der Tatsache, daß der ÖVP-Mandatsgewinn weit größer ausfiel, als es sich selbst die VP-Führer träumen ließen und angesichts der in der SPÖ begonnenen "Diskussion" über Regierungsbeteiligung oder "Opposition" halten wir an diesen Feststellungen fest.

Die SPÖ-Führung denkt nicht ernstlich daran, in die "Opposition" zu gehen und damit einen Großteil der fetten Pfründen aufzugeben, mit denen sie ihren Apparat so großartig kitten und schmieren kann! Ihre mehr oder minder dunklen Andeutungen, sie könnte auch in die "Opposition" gehen, dienen einerseits dem Zweck, auf die ÖVP einen gewissen Druck auszuüben, sie möge doch nicht allzuviel verlangen und denen, die ohnedies bereit sind, Mantel und Rock herzugeben, wenigstens die Hose zu belassen, damit ihre Blöße bedeckt sei. Das Gerede von einem eventuellen Verzicht der SP auf Regierungsbeteiligung dient andererseits dem demagogischen Zweck, den einfachen Mitgliedern und Anhängern der SP vorzugaukeln, ihre Partei sei buchstäblich "zum Äußersten entschlossen". Die Parole "Halt's mich z'ruck, sonst gschieht a Unglück!" wird auch den außerordentlichen Parteitag beherrschen, den die SP-Führung nun einberufen hat, um über die weitere Regierungsbeteiligung zu entscheiden. Es spricht alles dafür, daß sich die SP-Führung "z'ruckhalten" lassen wird. Jedenfalls aber wird sie der Parteitag in die angenehme Lage versetzen, die gesamte Verantwortung für ihre weitere Politik einem Forum in die Schuhe zu schieben, das zwar in gekonnter

Fortsetzung auf Seite 4



Vor 1 Jahr, am 2. April 1965, starb Genosse Ernst KIRCHWEGER an den Folgen der ihm von faschistischen Schlägern zugefügten schweren Verletzungen. Sein Mörder, in provokatorischer Weise als "Angegriffener" hingestellt und wegen "Notwehrüberschreitung" zu einer aufreizend geringfügigen "Strafe" verurteilt, ist längst wieder auf freiem Fuß. Die Sache, für die Genosse Kirchweger sein ganzes Leben lang arbeitete und kämpfte und für die er sein Leben schließlich hergab, ist heute in ernsterer Gefahr als je zuvor in der Geschichte der 2. Republik. Mehr denn je gilt es daher heute, alle Kräfte zu ihrer kämpferischen Verteidigung zusammenzufassen und zu organisieren!

Der Moskauer Parteitag

Am 31. März 1966 wurden in der Sendung "Wir blenden auf - wir blenden ein" im Radiosender Wien II kurze Auszüge aus einem Interview mit dem Herausgeber der "Roten Fahne", Franz Strobl, über den 23. Parteitag der KPdSU wiedergegeben. Dem Interview lag eine Stellungnahme zugrunde, die den folgenden Inhalt hat:

Das entscheidende Problem, das vor dem 23. Parteitag der KPdSU steht, lautet: Hält er an den durch die praktische Erfahrung der letzten zehn Jahre als für die kommunistische Weltbewegung katastrophal bloßgestellten Beschlüssen und Richtlinien des 20. Parteitags der KP der SU fest - oder übt er ernste Selbstkritik, verwirft die falsche politische Linie und kehrt wieder auf den Boden des revolutionären Marxismus und Internationalismus zurück. Das ist die Frage, um die es heute in Moskau geht und der gegenüber alles andere von untergeordneter Bedeutung erscheint.

Nach dem, was bisher über den Verlauf des Parteitags bekanntgeworden ist, ist es schon klar, daß diese Grundfrage im negativen Sinn entschieden worden ist. Als Hauptreferent hat Breschnew ausdrücklich betont, daß die sowjetische Führung am Kurs des 20., 21. und 22. Parteitags festhalten und ihn fortsetzen will. Das bedeutet, weiterhin Chruschtschow-Politik betreiben zu wollen, auch wenn der Erfinder dieser Politik persönlich nicht mehr mitwirkt. Es bedeutet weiter, die volle Verantwortung für all die schwerwiegenden Folgen auf sich zu nehmen, die diese verhängnisvolle Politik bisher schon hatte, vor allem die Verantwortung für die faktische Spaltung der kommunistischen Weltbewegung. Es bedeutet schließlich, neue und noch schwerwiegendere Folgen heraufzubeschwören und das Unglück noch weiter zu treiben - zum Schaden der internationalen Arbeiterbewegung, zum Schaden des sozialistischen Lagers und vor allem auch zum Schaden für die Sowjetunion selbst.

Der Ton, den die sowjetischen Revisionisten auf dem 23. Parteitag angeschlagen haben, unterscheidet sich im allge-

Fortsetzung auf Seite 5

„Was macht die Polizei..."

"Was macht die Polizei, was macht die Polizei - sie steht den hohen Lumpen bei!" ... so sangen die österreichischen Arbeiter vor dem 1. Weltkrieg, wenn die Polizei gegen die Aktivität der Arbeiterbewegung mobilisiert wurde, sie an allen Ecken und Enden schikanierte, unter den dümmsten Vorwänden "einschritt", Geldstrafen verhängte oder Arbeiterfunktionäre einsperrte. Das alte Zorn-und Spottlied, das den eigentlichen Sinn und Zweck der bürgerlichen "Ordnungsmacht" mit so treffenden Worten bloßlegte, ist inzwischen zwar verklungen, hat von seiner Aktualität aber nichts eingebüßt. An die Stelle der k.u.k. Beamten sind zwar ein SP-Polizeipräsident, ein SP-Innenminister und andere sehr "demokratisch" tuende Herrschaften getreten, aber nicht einmal die zynischen schikanösen Methoden der österreichischen Polizei haben sich geändert, ganz zu schweigen von ihrem Wesen als Knüppel gegen die kämpferische Arbeiterbewegung. "Die Polizei - Dein Freund und Helfer", posaunt eine gutgeschmierte Reklamemaschine täglich aus - fragt sich bloß wessen: des arbeitenden Volks oder seiner Quälgeister, die es mit Lohndruck, Teuerung, Antreiberei usw. immer unverschämter zur Ader lassen!

Am Dienstag, den 29. März erlebten wir diesbezüglich einen neuerlichen Anschauungsunterricht. Die Arbeiterliste MLÖ hatte eine große Flugblattaktion vorbereitet, um zum Wahlausgang Stellung zu nehmen und die arbeitende Bevölkerung vor der sich immer unverkennbarer abzeichnenden verschärften reaktionären Offensive zu warnen. Zeitgerecht wurde um die behördliche Bewilligung zur Flugblattverteilung angesucht und diese unter der Ziffer R 233/1966 von der Zuständigen Mag. Abt. 35-G auch erworben. Natürlich wurden auch die vorgeschriebenen Steuern und Abgaben für diese Bewilligung entrichtet.

In den ersten Tagen wurden unsere Flugzettelverteiler nicht behindert und das in hoher Auflage hergestellte Flugblatt (ein Exemplar liegt dieser Nummer bei) fand großes Interesse seitens der Bevölkerung. Weniger Beifall dürfte es bei einigen hohen Herren gefunden haben, denen es wider den Strich geht, wenn

Weiter auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 2

Manier gegängelt und manipuliert, aber doch genügend breit ist, um die konkrete Verantwortlichkeit eines kleinen Führungsklüngels in die allgemeine Verantwortlichkeit der "Partei an sich" oder sogar ihrer einfachen Mitglieder aufzulösen. Eine Nachahmung dieser nun schon traditionellen SP-Technik haben wir übrigens in Gestalt jener "Parteikonferenz" der KPÖ erlebt, auf der mit "überwältigender Mehrheit" der Beschluß gefaßt wurde, in 24 Wahlkreisen die SP-Führung zu wählen.

Die bald nach den Wahlen beginnende Diskussion, ob es "besser" sei, wenn die SPÖ in der Regierung ist oder ob sie lieber in die "Opposition" gehen sollte, hat auch einige ehrlich linke Kräfte in der SP und an ihrer Peripherie verwirrt. Umso notwendiger ist es, zu unterstreichen, daß es nicht darauf ankommt, ob die SP-Führung ihre gegenwärtige Politik als Regierungs- oder als "Oppositions"-Partei fortsetzt, sondern lediglich darauf, ob sich die Politik der SPÖ grundlegend ändert oder nicht! Eine solche grundlegende Änderung ist jedoch unmöglich ohne eine radikale Verwerfung und schonungslose Selbstkritik ihrer bisherigen durch und durch faulen Politik, unmöglich ohne offene und ehrliche Wiederbesinnung auf die kämpferischen und revolutionären Grundsätze des Marxismus, unmöglich ohne die Ersetzung ihrer bisherigen Führung durch eine grundsätzlich andere, wirklich revolutionäre Garnitur. Gibt es aber jemand, der ernstlich glauben könnte, daß in der gegenwärtigen SPÖ reale Voraussetzungen für eine solche revolutionäre Wiedergeburt existieren?

Sie existieren nicht! Die Hoffnung auf eine prinzipielle Änderung der Politik der SPÖ ist in der heutigen Situation ein eitler Wahn, der schon von den bitteren Erfahrungen der nächsten Wochen und Monate brutal zerschlagen werden wird! Damit ist aber auch klar, daß die ganze Diskussion über "Koalition oder Opposition" stark an die alte Klerikerfrage erinnert, welche Teufel denn besser seien, die blauen oder die grünen. Mit anderen Worten: diese Diskussion ist irreführend, dient nur der Ablenkung und Verwirrung, weil sie vom entscheidenden Problem ablenkt, nämlich von der Frage des Wesens und der Rolle der ganzen bisherigen SP-Politik und der Notwendigkeit ihrer restlosen Verwerfung.

Sancta Simplicitas !

Am 17. März d.J. erlebten wir die seltene Genugtuung, daß auch die "Volksstimme" einige bemerkenswerte Äußerungen über Sinn und Wesen jener SP-Regierungsbeteiligung enthielt, für die sie bei den Wahlen mit soviel Selbstverleugnung gekämpft hatte:

> Ebenso interessant sind die Argumente, mit denen die „Oberösterreichischen Nachrichten" eine Regierungsbeteiligung der SPÖ vom Standpunkt der ÖVP aus als erwünscht begründen. Schon beim Budget 1966 werde es, wie das Blatt schreibt, „verschiedener unpopulärer Einschränkungen bedürfen". Auch die „Regelung des Gesamtkomplexes des Wohnungsproblems" schließe „unpopuläre Korrekturen bei den Mietzinsen zwangsweise mit ein". Die „Kommerzialisierung" der Bundesbahnen werde ebenfalls „unpopuläre Belastungen" zur Folge haben. Unter diesen Umständen sieht das Blatt in einer Regierungsbeteiligung der SPÖ eine bessere Möglichkeit für die ÖVP, von ihrer absoluten Mehrheit Gebrauch zu machen, als ohne SP-Beteiligung.

Und Erwin Scharf schreibt im Leitartikel des selben Tages zum selben Thema:

> **DIE ÖSTERREICHISCHE BOURGEOISIE** ist also nicht so dumm, um nicht zu sehen, welche Vorteile ihr die Politik der Sozialpartnerschaft in den vergangenen Jahren gebracht hat. Sie spekuliert nun darauf, von einer geschwächten — das heißt also „ernüchterten" — SPÖ noch größere Zugeständnisse zu erhalten. In der Mitverantwortung der SPÖ für die Politik der künftigen Regierung sehen sie eine Voraussetzung, um auch in Zukunft die Arbeiter- und Angestelltenschaft von der Mitentscheidung ausschalten zu können.

Hat Erwin Scharf bzw. die "Volksstimme" das vor den Wahlen noch nicht gewußt? Sind sie davon überrascht? Wenn sie es aber wußten, wie können sie es dann vor der Arbeiterklasse unseres Landes verantworten, zur Wahl einer Parteiführung aufgerufen zu haben, die sich jetzt so offensichtlich als Hilfsmittel des Kapitals zur reibungsloseren Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen bloßstellt?

Revisionisten ziehen keine Konsequenzen - sie fallen höchstens von einer Dummheit in die andere. Die selben Muhritaner, die vorgestern die Koalition als die überhaupt einzig mögliche Form einer österreichischen Regierung betrachtet, die gestern von der um jeden Preis zu verhindernden Gefahr der "ÖVP-Alleinherrschaft" geschwätzt haben, gefallen sich heute bereits in Ratschlägen, die SP-Führung sollte vielleicht lieber in die "Opposition" gehen und die VP allein regieren lassen. So meint Erwin Scharf im schon zitierten "Volksstimmen"-Leitartikel:

> **EINE BETEILIGUNG DER SPÖ** an einer neuen Koalitionsregierung wäre sinnlos und schädlich, wenn sie mit der Preisgabe von Grundfragen der Demokratie, der Neutralität und der Unabhängigkeit unseres Landes verbunden ist.

Lieber Genosse Scharf! Hast Du denn noch immer nicht begriffen, daß das Wesen aller bisherigen - und wohl auch der zukünftigen - VP-SP-Koalitionsregierungen eben darin besteht, Grundfragen der Demokratie, der Neutralität, der Unabhängigkeit, ja überhaupt die Grundinteressen der arbeitenden Bevölkerung auf allen Gebieten in einer Weise preiszugeben und zu verletzen, die möglichst wenig Widerstand der Betroffenen, der Opfer findet? Hast Du noch immer nicht begriffen, daß sich an der Rolle der SP nicht das Mindeste ändert, ob sie nun in der Regierung oder in der sogenannten "Opposition" sitzt? Warum bist Du eigentlich von Deinem Schreibtisch in der Löwelstraße auf einen Schreibtisch am Höchstädtplatz übergesiedelt? Angesichts Deiner - echten oder gespielten - Ahnungslosigkeit versteht man erst, wie sogar Lenin einmal in die Lage gekommen ist, verwundert auszurufen: O sancta simplicitas - Oh Du Heilige Einfalt!

F. St.

TELEFONISCH ERREICHBAR

IST DIE "ROTE FAHNE"

UNTER DER NUMMER

92-10-672



Fortsetzung von Seite 3

man die Arbeiterschaft zum Kampf gegen reaktionäre Pläne aufruft.

Als am 29. März auf dem Platz vor der Schnellbahnstation Praterstern wieder Flugzettel verteilt wurden, erschien plötzlich die Polizei und forderte in barschem Ton, die Verteilung sofort einzustellen - mit der auf dem ausgedehnten Platz ausgesprochen lächerlichen Begründung, daß "der Verkehr behindert" werde. Ein Polizist - er trug die Dienstnummer 1881 - schrie dabei mit unseren Genossen in einer Art herum, als sei er Feldwebel auf einem Hitler-Kasernenhof. Der die Flugblattaktion leitende Aktivist der MLÖ wies den Polizisten die behördliche Genehmigung zur Verteilung der Flugblätter vor, doch sie wurde ihm weggenommen! Als unser Genosse dagegen mit der Feststellung protestierte, diese Beschlagnahme sei widerrechtlich, da die Bescheinigung von der MLÖ bezahlt und daher ihr Eigentum sei, erklärte der "Feldwebel" die Festnahme wegen "ungestümen Benehmens" und ließ den Genossen auf die Wachstube Praterstern eskortieren. Um die Bescheinigung, ohne die die Flugblattverteilung nicht legal durchgeführt werden kann, wenigstens auf dem Wachzimmer zu erhalten, ging ein anderer Genosse dorthin mit. Er bekam die Bescheinigung nicht, sondern wurde ebenfalls als festgenommen erklärt. Das Ersuchen unserer Aktivisten, sofort einen Rechtsanwalt verständigen zu können, wurde schroff abgewiesen, die Wachstube sodann zugesperrt und jeder Versuch einer telefonischen Intervention durch leitende Genossen der MLÖ dadurch vereitelt, daß man den Hörer auflegte, sooft sie anriefen. Nachdem unsere Genossen stundenlang auf der Wachstube festgehalten worden waren, kam um etwa 19 Uhr ein Arrestantenwagen und beförderte sie aufs Polizeikommissariat in der Leopoldsgasse. Wieder mußten sie stundenlang warten, um dann einem "Schnellrichter" vorgeführt zu werden, der ihnen die "Rechtsbelehrung" erteilte, den Aufforderungen von Wachebeamten sei sofort und ohne Widerrede nachzukommen, auch wenn man selbst im Recht und der Polizist im Unrecht sei. Als Strafe für "Verkehrsbehinderung", "ungestümes Benehmen" und für noch ein drittes Delikt, das die Beschuldigten infolge des ratschenden Amtstons des "Schnellrichters" nicht verstehen konnten, müsse eine Geldstrafe von insgesamt S 1.390,- (in Worten: eintausenddreihundertneunzig) - einschließlich 70 Schilling Transportkosten mit dem "Grünen Heinrich", über sie verhängt werden. Für den Fall, daß unsere Genossen gegen ein solches "Urteil" berufen wollten, sagte ihnen der "Schnellrichter" gleich von vornherein, daß die Sache dann "länger dauern" werde und sie in Zellen gebracht werden müßten, weil er dienstlich wegfahren müsse und die dann zusätzlich erforderlichen "Schreibereien" erst nach seiner Rückkehr erledigen könne.

Trotz dieser eigenartigen "Warnung", die nur deswegen nicht als frecher Erpressungsversuch bezeichnet werden kann, weil sie von einem Beamten mit richterlicher Gewalt ausgeht, erklärten die Genossen der MLÖ, auf ihre Berufungsrechte nicht zu verzichten. Prompt wurden sie daraufhin für einige weitere Stunden in Zellen gesperrt, wozu ihnen vorher alle Wertsachen, Geld, Uhren, Ring, Schlüssel, Kalender, Notizbücher usw., ja einem Genossen auch seine Brille weggenommen wurde. Erst gegen 22 Uhr abends gelang es, unsere beiden Genossen nach mehrmaliger Intervention eines Rechtsanwaltes in Freiheit zu bringen. Die "Strafe" von insgesamt 1.390 Schilling blieb aufrecht, allerdings auch die Berufung gegen sie. Die österreichischen Marxisten-Leninisten werden sich durch keine Drohung davon abhalten lassen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die sich häufenden Polizeischikanen anzukämpfen und werden über die Entwicklung und die Ergebnisse dieses Kampfes fortlaufend berichten.

Fortsetzung von Seite 3

meinen von der polternden Art ihres Vorgängers Chruschtschow, ist zurückhaltender, scheinbar freundlicher und konzilianter. Aber man darf sich dadurch nicht täuschen lassen, denn es handelt sich um bloße Äußerlichkeiten. Nach innen setzt die sowjetische Führung die hinterhältige chruschtschowsche Methode der geheimen Zirkulars, der "internen Informationen" fort, der anonymen Behauptungen also, die in Wahrheit nur Verleumdungen sind, die das Licht der Öffentlichkeit mit gutem Grunde scheuen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Zur selben Zeit, als die Leiter der KPdSU an die KP Chinas eine wortkarge "Einladung" zum Parteitag ergehen ließen, versandten sie innerhalb und außerhalb der Sowjetunion ein umfangreiches internes Rundschreiben, das offenbar von verleumderi-

Weiter nächste Seite

Breschnew geht Chruschtschows Weg

Unter diesem freudigen Titel faßte die großbürgerliche "Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Politik der sowjetischen Führung am Vorabend des 23. Parteitags der KPdSU zusammen. Leider hat sie recht. Die theatralischen Posen Chruschtschows wurden zwar aufgegeben, aber seine revisionistische politische Linie wird fortgesetzt.

schen Beschuldigungen der chinesischen Genossen strotzt. Wie soll man eine solche Methode nennen ?

Noch wichtiger aber ist etwas anderes: Wir Marxisten halten uns nicht so sehr an Worte, urteilen nicht nach dem Maß der Höflichkeit, mit dem man uns begegnet, sondern sehen in erster Linie auf die Taten, auf die praktische Politik, ihren tatsächlichen Inhalt. Wie sehen diese Taten und die politische Praxis der sowjetischen Führer aber aus?

Nehmen wir das Beispiel des sozialistischen Albanien. Chruschtschow hat dieses kleine Land einer schamlosen Erpressungspolitik ausgesetzt und, als sie nichts fruchtete, nicht nur alle Wirtschaftsbeziehungen, sondern sogar die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, schlimmer noch: er hat die Tribüne eines sowjetischen Parteitags dazu mißbraucht, zum Sturz der albanischen Partei- und Staatsführung aufzurufen. Hat die sowjetische Führung daran jemals auch nur die kleinste Selbstkritik geknüpft, hat sie ihre Fehler aufgedeckt und gutgemacht, hat sie auch nur eine einzige der brutalen Chruschtschowschen Maßnahmen rückgängig gemacht? Nein! Was sind dann aber alle "versöhnlichen" Reden und Einladungen wert?

Man könnte einwenden daß Albanien ein sehr kleines Land ist und die mächtige Sowjetunion ihr "Gesicht wahren" müsse. Aber wir sind Internationalisten und sind nicht damit einverstanden, die Rechte der Länder und Völker mit zweierlei Maß zu messen. Daß das albanische Volk klein ist, hatte zur Folge, daß es die chruschtschowschen Repressalien doppelt schwer trafen und es ist daher doppelt im Recht, wenn es ehrliche Genugtuung fordert. Die sowjetischen Revisionisten hatten keine Angst, ihr "Gesicht" zu verlieren, als sie auf dem 20. Parteitag Genossen Stalin zum Verbrecher erklärten. Sie hatten keine Angst um ihr "Gesicht", als sie das sozialistische Albanien erwürgen wollten und ihm gegenüber Methoden anwandten, wie sie sogar zwischen kapitalistischen Ländern nur am Vorabend militärischer Auseinandersetzungen vorkommen. Die sowjetische Führung hat kein Gesicht mehr zu verlieren, sondern kann es höchstens wiedergewinnen, indem sie zu einer Leninschen Politik zurückfindet.

Ein zweites Beispiel: China. Dort hatte ich selbst Gelegenheit, den gigantischen Schaden abzuschätzen, den der von den sowjetischen Revisionisten verfügte abrupte Bruch zahlloser Wirtschaftsverträge, der Abzug aller Fachkräfte (oft mitsamt aller Pläne und Unterlagen), die Einstellung der Ersatzteillieferungen usw. usf. verursachte und mit dem nicht nur ein einzelnes sozialistisches Land, sondern das gesamte sozialistische Lager schwerstens geschädigt wurde. Haben die sowjetischen Führer diesen Schaden jemals gutgemacht, haben sie ihre falsche Politik gegenüber Volkschina jemals verurteilt? Nein! Was sind dann aber alle schönen Worte wert?

Erinnern wir an die theoretischen "Neuerungen", mit denen Chruschtschow nicht nur die Sowjetunion beglückte, sondern die in Bausch und Bogen zu übernehmen er die ganze kommunistische Weltbewegung zwingen wollte: die Theorie vom "friedlichen Weg zum Sozialismus", seine Auffassung der Politik der "friedlichen Koexistenz", die Theorien von der "Partei des ganzen Volkes" und vom "Staat des ganzen Volkes", die Illusion vom "friedlichen" Imperialismus, von der totalen Abrüstung und der Ausschaltung aller Kriege bei Weiterexistenz des Imperialismus usw. An keiner einzigen dieser wiederaufgewärmten sozialdemokratischen Stumpfsinnigkeiten haben die sowjetischen Führer auch nur ein Jota kritisiert und haben nicht nur ihre eigene Politik, sondern auch die Politik der von ihnen beeinflußten Parteien weiter auf dieser zum katastrophalen Scheitern verurteilten Linie ausgerichtet. Welche Voraussetzungen bestehen da für eine Verständigung mit ihnen?

Ein letztes Beispiel: die nach wie vor weitergehende Packelei der sowjetischen Führung mit dem US-Imperialismus, mit dem in der heutigen Zeit ärgsten Feind der Unabhängigkeit, des sozialen Fortschritts und des Friedens der Völker. Früher war unter den Kommunisten der Standpunkt unbestritten, daß zwischen einem militärischen Angriff der Imperialisten gegen die Sowjetunion und einem Angriff gegen einen anderen Teil des sozialistischen Lagers kein prinzipieller Unterschied besteht, daß etwa Bomben auf das sozialistische Nordvietnam nicht wesentlich anders zu beurteilen seien als Bomben auf die Ukraine. Das wußten - und respektierten - vor dem 20. Parteitag auch die Imperialisten. Chruschtschow hat neue Maßstäbe eingeführt und die jetzigen sowjetischen Führer behalten sie bei. Erst vor wenigen Tagen, am 20. März, unterzeichneten sie in Washington mit den US-Imperialisten ein neues Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit. Demnach wird die Sowjetunion

mit den USA Künstler, Lehrer, Studenten usw. austauschen, wird mit den USA eine wissenschaftliche Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten pflegen, während im sozialistischen Nordvietnam Frauen und Kinder im Regen amerikanischer Bomben verbluten. Wir haben nichts gegen Kulturaustausch, ihn aber im selben Moment zu forcieren, in dem die US-Imperialisten ihren barbarischen Bombenkrieg gegen ein sozialistisches Land forcieren, das heißt mit den Aggressoren gemeinsame Sache machen.
Auf dem 23. Parteitag wurde übrigens auch der Wunsch der sowjetischen Führer nach einem Vertrag über die sogenannte "Nichtweiterverbreitung der Atomwaffen" bekräftigt. Das bedeutet nicht nur, daß die sowjetische Führung weiter auf ihren bekannten Vertragsbrüchen gegenüber Volkschina beharrt, sondern auch, daß sie die militärische Monopolstellung einiger Großmächte auszubauen bestrebt ist - eine Politik, die unverkennbare Züge des Großmachtchauvinismus trägt. Was sind alle "antiimperialistischen" Reden der sowjetischen Führer wert, wenn sie gleichzeitig eine solche Politik betreiben?

Man könnte sagen, die Politik der Sowjetunion ist i h r e Sache, die Sache ihrer Führung, und nicht die unsere. Doch das stimmt nicht ganz. Natürlich hat die Sowjetunion der internationalen revolutionären Bewegung vor dem 20. Parteitag ungeheuer viel gegeben, aber umgekehrt ist auch sie der internationalen revolutionären und Arbeiterbewegung tief v e r p f l i c h t e t, verdankt sie ihr letzten Endes sogar ihre Existenz. Die Frage der Stärkung oder Schwächung nicht nur der Sowjetunion selbst, sondern das g a n z e n sozialistischen Lagers, ja der gesamten revolutionären Weltbewegung, der auch wir angehören, hängt in bedeutendem Maß von der richtigen oder falschen Politik der sowjetischen Führung ab. So ist es nur selbstverständlich, daß wir an den Ereignissen in der Sowjetunion a u ß e r o r d e n t l i c h e s I n t e r e s s e haben.

Antwort des Zentralkomitees der KP Chinas an das Zentralkomitee der KPdSU

Die Kommunistische Partei Chinas kann keine Delegation zur Teilnahme am XXIII. Parteitag der KPdSU entsenden.

An das Peking, 22. März 1966

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen!

Die Kommunistische Partei Chinas hat den Brief des Zentralkomitees der KPdSU vom 24. Februar 1966 erhalten, in dem Sie eine Delegation unserer Partei einladen, als Gast an Ihrem XXIII. Parteitag teilzunehmen.

Unter normalen Umständen ist es ein Zeichen der Freundschaft, wenn eine Bruderpartei die andere einlädt, zu ihrem Parteitag eine Delegation zu entsenden. Aber zur gleichen Zeit, als Sie diese Einladung ausschickten, verbreiteten Sie in der Sowjetunion inner- und außerhalb der Partei antichinesische Dokumente, organisierten von den Zentralen bis hinunter zu den Grundorganisationen chinafeindliche Vorträge und entfachten eine antichinesische Hetzkampagne. Außerdem schickten Sie an die Parteien anderer Länder chinafeindliche Briefe, in denen Sie diese anstifteten, gemeinsam mit Ihnen gegen China zu hetzen. Sie überschütteten die KP Chinas bedenkenlos mit Schimpfworten. Sie sagten, sie sei „kriegslüstern" und „scheinrevolutionär", sie „bekämpfe den Imperialismus nicht" und „ermutige die Aggression des USA-Imperialismus", sie huldige dem „Abenteurertum", dem „Spaltertum", dem „Trotzkismus", dem „Nationalismus", dem „Großmachtchauvinismus", dem „Dogmatismus" u.ä. Sie erfinden und verbreiten Gerüchte, daß China „die Hilfe an Vietnam verhindere" und „in sowjetisches Territorium eingedrungen sei". Sie versteigen sich sogar zu der Behauptung, „China sei kein sozialistischer Staat". Ihre antichinesischen Handlungen weisen darauf hin, daß Ihre jetzige Einladung nur eine Geste ist und daß sich dahinter bestimmte Absichten verbergen. Unter diesen Umständen ist es der KP Chinas, die Sie als Feind betrachten, nicht möglich, an Ihrem Parteitag teilzunehmen.

Die KP Chinas hat mehrmals an Parteitagen der KPdSU teilgenommen. Sogar nachdem die revisionistische Chruschtschow-Clique in der KPdSU die Macht an sich gerissen hatte, schickten wir Delegationen zu Ihrem XX., XXI. und XXII. Parteitag. Aber auf dem XX. Parteitag der KPdSU bekämpften Sie völlig unerwartet den großen Marxisten-Leninisten Stalin. Ihr Kampf gegen Stalin bedeutet auch einen Kampf gegen den Marxismus-Leninismus, die Sowjetunion, den Kommunismus, gegen China, gegen alle Völker und gegen alle Marxisten-Leninisten. Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU haben Sie ein durch und durch revisionistisches Programm angenommen, Albanien in aller Öffentlichkeit hemmungslos angegriffen und die KP Chinas beschimpft.

Daher sah sich der Leiter unserer Delegation gezwungen, den Parteitag noch vor dessen Ende zu verlassen.

Rußland ist die Heimat des Leninismus und war Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung. Nach dem Tod Stalins zeigte die Führung der KPdSU, an deren Spitze Chruschtschow stand, allmählich ihr wahres Renegatentum. Sie hat Lenin und den Leninismus verraten; sie hat denselben Weg eingeschlagen, wie die deutschen Sozialdemokraten Bernstein und Kautsky, als sie Marx, Engels und den Marxismus verrieten, und hat dadurch aus der Führung der KPdSU ein Zentrum des modernen Revisionismus gemacht.

In der Hoffnung, daß Sie den Weg des Marxismus-Leninismus wieder einschlagen würden, haben wir uns in den vergangenen zehn Jahren die größte Mühe gegeben. Nach dem Sturz Chruschtschows haben wir der neuen Führung der KPdSU mehrmals den Rat gegeben, einen neuen Anfang zu machen. Wir haben alles getan, was wir konnten, aber Sie haben nicht den geringsten Willen gezeigt, sich zu ändern.

Seit ihrem Amtsantritt gehen die neuen Führer der KPdSU immer mehr den Weg des Revisionismus, des Spaltertums und des Großmachtchauvinismus. Sofort nach Ihrer Machtübernahme verkündeten Sie Ihre Entschlossenheit, der Generallinie des chruschtschowschen Revisionismus, die auf dem XX. und XXII. Parteitag der KPdSU festgelegt worden war, auch weiterhin zu folgen. Sie sagten uns offen ins Gesicht, daß es in der Frage der internationalen kommunistischen Bewegung und in Ihrer Einstellung zu China überhaupt keinen Unterschied zwischen Ihnen und Chruschtschow gäbe. Weit davon entfernt, den chinafeindlichen Offenen Brief vom Juli 1963 und den chinafeindlichen Bericht und Beschluß vom Februar 1964 zu annullieren, verwenden Sie zur Intensivierung Ihrer antichinesischen Handlungen noch hinterlistigere Methoden. Sie bedienen sich zwar verschiedener Manöver, um die Völker zu täuschen, setzen aber gleichzeitig alle Ihre Kräfte für die „Weltherrschaft durch die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit“ ein. Alle Ihre gegen den amerikanischen Imperialismus gerichteten Worte und Gesten, mit denen Sie den Eindruck erwecken wollen, den antiimperialistischen Kampf zu unterstützen, bedeuten für den USA-Imperialismus bloß kleine Sticheleien und sind für ihn in Wirklichkeit große Hilfeleistungen. Sie und die amerikanischen Imperialisten verstehen sich großartig auf solche Praktiken. Die „Aktionseinheit“, besonders in der Vietnamfrage, um die Sie so viel Lärm machen, ist eine betrügerische Falle, durch die Sie das sowjetische Volk und alle revolutionären Völker hineinlegen wollen. Was die hinterlistigen amerikanischen Vorschläge zu Friedensgesprächen betrifft, so arbeiten Sie auch hier mit den USA Hand in Hand und versuchen vergeblich, den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanische Aggression und zur Rettung der Nation zu verraten und die Vietnamfrage in den Bereich der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit zu bringen. Im trauten Verein mit den USA haben Sie inner- und außerhalb der UNO eine Reihe schmutziger Machenschaften ausgeführt. Um Ihre Tätigkeit mit der konterrevolutionären „Globalstrategie“ der amerikanischen Imperialisten besser in Einklang zu bringen, versuchen Sie energisch, einen Korden um das sozialistische China zu ziehen. Sie schließen sich damit nicht nur von der internationalen Einheitsfront aller Völker aus, die den amerikanischen Imperialismus und dessen Lakaien bekämpfen, sondern verbinden sich sogar mit dem amerikanischen Imperialismus, dem Erzfeind der Völker, und den Reaktionären aller Länder. Damit versuchen Sie vergeblich, eine „Heilige Allianz“ zur Bekämpfung Chinas, der Völker, der nationalen Befreiungsbewegung und der Marxisten-Leninisten zu errichten.

Ungeachtet des Widerstands vieler Bruderparteien beriefen Sie im März 1965 die Moskauer Spalterkonferenz ein. Das war ein äußerst schwerwiegender Schritt zum offenen Bruch in der internationalen kommunistischen Bewegung. Wir haben von Ihnen verlangt, offen zuzugeben, daß die Abhaltung der Moskauer Spalterkonferenz falsch und unrechtmäßig war. Bis jetzt haben Sie das nicht getan.

Wir setzen Sie hiermit ausdrücklich davon in Kenntnis, daß, da Sie bereits soweit gegangen sind, es der KP Chinas als einer wahren marxistisch-leninistischen Partei nicht möglich ist, eine Delegation zu Ihrem Parteitag zu entsenden.

Wir sind davon überzeugt, daß überall auf der Welt, einschließlich der Sowjetunion, die Volksmassen, die über neunzig Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, für die Revolution und gegen den Imperialismus und dessen Lakaien sind. Ebenso werden über neunzig Prozent der Mitglieder und Funktionäre der internationalen kommunistischen Bewegung, einschließlich der KPdSU, letzten Endes auf dem Weg des Marxismus-Leninismus voranschreiten. Die revolutionären Völker der Welt, die große internationale kommunistische Bewegung, das große sozialistische Lager und die großen Völker Chinas und der Sowjetunion werden schließlich alle Hindernisse beseitigen und sich auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus vereinigen. Sollte die Sowjetunion jemals einem imperialistischen Überfall ausgesetzt sein und sich dagegen entschieden wehren, kann das Sowjetvolk fest damit rechnen, daß China auf der Seite der Sowjetunion stehen und mit ihr gemeinsam gegen den Feind kämpfen wird.

Mit brüderlichem Gruß

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

PEKING RUNDSCHAU *29. März 1966*

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 64

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101